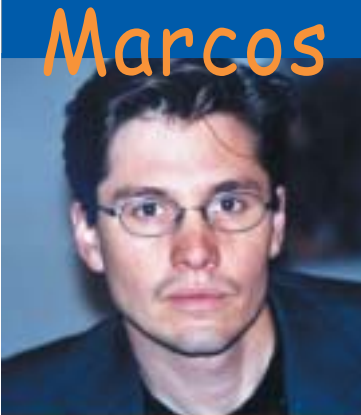


Scheuklappen abnehmen

Grundproblem der Sozialsysteme ist: Deutschland überaltert. Seit 1972 gibt es zwischen Rhein und Oder kein natürliches Bevölkerungswachstum mehr. Nur ununterbrochene Zuwanderung hat ein Schrumpfen der Bevölkerung verhindert. Doch die Struktur der Zuwanderung war von Anfang an ein Selbstbetrug. Zwar wurde die Erwerbstätigenstatistik lange damit über Wasser gehalten. Aber der Verzicht auf „mitgebrachte“ Qualifikation hat dazu beigetragen, die Wissensbasis als ökonomisches Fundament unserer Gesellschaft auszuspülen. Das geringe Bildungsniveau der ersten Einwanderergeneration hat sich – weitgehend ungehindert vom deutschen



Marcos

ESPRESSO

Bildungssystem - auf Kinder und Enkel übertragen. Dies führt gerade in Berlin zu einer paradoxen Situation. Ein Rechenbeispiel: der Anteil von Kindern ausländischer Herkunft im Grundschulalter liegt aktuell im Bezirk Mitte bei 42%. Von diesen Schülern wird nach bisherigen Erfahrungen nur jeder sechste die Oberstufe erreichen. Berufliche Zukunft - ungewiss. Ergebnis: Kinder ausländischer Herkunft stellen derzeit einen großen Teil der in den Augen der Statistiker zur Bremsung der Überalterung erforderlichen neuen Generation. Aber auf dem Arbeitsmarkt werden sie später nicht wettbewerbsfähig genug sein, um die Sozialsysteme tatsächlich zu stärken. Wenn also aktuell die OECD das niedrige Bildungsniveau der deutschen Bevölkerung im Vergleich zu den Industrieländern weltweit bemängelt, so trifft dies nicht nur das starre deutsche Bildungssystem, sondern auch deutsche Einwanderungs- und Integrationspolitik. Erfolgreiche Integrationspolitik muss an der Bildung gemessen werden. Dann könnte Zuwanderung durchaus einen Lösungsbeitrag für die strukturellen Probleme unseres Staatswesens liefern. Leider sind wir davon weit entfernt.

Ciao Marco

EIN ANGEBOT FÜR INTERESSIERTE:

Mitmachen & Politik gestalten



Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland misst den Parteien die Rolle zu, an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken. Das Parteiengesetz konkretisiert diese Rolle auf eine „dauernde oder für längere Zeit“ angelegte Einflußnahme auf die politische Willensbildung. Dies wird durch einen Aufgabenkatalog definiert, der von den Parteien unter anderem die Förderung der aktiven Teilnahme der Bürger am politischen Leben sowie eine ständige lebendige Verbindung zwischen dem Volk und den Staatsorganen fordert.

Genau das wollen wir als Berliner CDU tun. Wir bieten allen interessierten Bürgern an, in einer entscheidenden Phase der Politik aktiv mit ihrem beruflichen Sachverstand oder als Betroffene an einer wichtigen Diskussion teilzunehmen und direkt die poli-

tische Willensbildung einer großen Partei zu beeinflussen. Machen sie mit, als „Themen-Vertreter“ für die Diskussion über die Zukunft unserer sozialen Sicherungssysteme in Deutschland. Es geht um Arbeitslosigkeit, Gesundheit, Rente und Pflege. Und so geht’s: Wenn sie nicht Mitglied einer Partei sind und fachliches Interesse an den aktuellen Themen haben, können sie zeitlich befristet als „The-

men-Vertreter“ an der Diskussion über die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme mitwirken. Dazu füllen sie einfach die Aktionskarte aus, geben sie ab oder schicken sie an die Berliner CDU. Sie werden dann zur Themenveranstaltung in ihrem Bezirk eingeladen, können sich dort aktiv an der Diskussion beteiligen und als offizieller „Themen-Vertreter“ für die Berliner Schlussveranstaltung wählen lassen. Dort entscheiden sie direkt mit über die inhaltliche Position des Berliner CDU-Landesverbandes. Wenn sie es nicht anders wünschen, endet ihr Engagement in der Union Anfang Dezember 2003 - zum Zeitpunkt des CDU Bundesparteitages in Leipzig.



Ich möchte mich als „Themen-Vertreter“ an dieser Offensive beteiligen.

An folgendem Fachgebiet bin ich besonders interessiert:

- Arbeitslosigkeit
- Gesundheit
- Pflege
- Rente

www.kontaktieren:

CDU Berlin • Markstraße 146 • 10779 Berlin • Tel.: 0 30 32 69 04 0 • Fax: 0 30 32 69 04 44

Antwortkarte bitte wieder abgeben oder per Fax 0 30 7 32 69 04 44

Vor- und Nachname: _____

Partei: _____

Brief: _____

Straße: _____

PLZ / Ort: _____

Telefon / Telefax: _____

e-Mail: _____

Ich erkläre hiermit, nicht Mitglied der CDU, CSU oder einer anderen Partei zu sein.

Ort, Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte hier entlang ausschneiden